

Auswertung der Antwort der Bundesregierung zum Microsoft-Wettbewerb:
"IT-Fitness macht Schule"

Bundesregierung gibt Microsoft Rückendeckung

Microsoft nimmt - europaweit koordiniert - maßgeblich Einfluss auf Schulen und in der Weiterbildung und baut so seine Monopolstellung immer weiter aus. Die Bundesregierung sieht darin keinerlei Problem, sondern würdigt das "gesellschaftspolitische Engagement" des Unternehmens.

von Nele Hirsch

Am Rande des „Government Leaders Forum Europe“ Ende Januar in Berlin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit Microsoft Gründer Bill Gates den Wettbewerb „IT-Fitness macht Schule“ gestartet. Bei diesem vom Microsoft Konzern gesponsorten Wettbewerb können sich Schulen mit ihren Projekten um den Titel „IT-fitteste Schule Deutschlands“ bewerben. Der Wettbewerb ist Teil der Initiative „IT-Fitness“, die wiederum die deutsche Umsetzung des europäischen Programms „Skills for employability“ ist, das Bill Gates im Januar 2006 gemeinsam mit der EU-Kommission und weiteren Partnern aus der Industrie angeregt hat. Für die Umsetzung der Initiative „IT-Fitness“ konnte Microsoft zahlreiche Partner, auch aus dem öffentlichen Sektor, gewinnen. Unter anderem ist die Bundesagentur für Arbeit mit dabei.

DIE LINKE im Bundestag nimmt den Wettbewerb und die Eröffnung durch die Kanzlerin zum Anlass, um anhand dieses Beispiels mehr über die bedenklichen Verschränkung von bildungspolitischen Aufgaben des Staates und privatwirtschaftlichen Interesses zu erfahren. Nachdem die Bundesregierung die Frist für die Beantwortung wegen „hohem Abstimmungsbedarf“ um rund zwei Wochen hinausgezögert hat, liegt uns nun ihre Antwort vor. Die Bundesregierung versucht darin, die Sache mit drei Strategien herunterzuspielen: Zum ersten habe die Bundesregierung mit dem Wettbewerb so gut wie gar nichts zu tun, zum zweiten sei der Einfluss von Microsoft in der Anfrage der LINKEN überschätzt und zum dritten sei das, was Microsoft dort tue, ja auch gar nicht verwerflich, sondern eher als wichtiges gesellschaftspolitisches Engagement eines Unternehmens zu würdigen.

Hier eine Zusammenfassung der zentralen Aussagen:

„Die Initiative IT-Fitness ist ein Beispiel für gutes und nützliches Engagement der Wirtschaft“ (Antwort der Bundesregierung auf Frage 1)

Obwohl die Bundesregierung kenntnisreich über mehrere eingeleitete Verfahren wegen Wettbewerbsverstößen oder Marktmissbrauch gegen Microsoft berichten kann (unter anderem fünf Antitrustverfahren in den USA, fünf Wettbewerbsverfahren durch die Europäische Kommission in den letzten Jahren, sowie zwei neue Verfahren in diesem Jahr in der EU), geht sie nicht davon aus, dass Microsoft durch die Initiativen in Schulen und in der Weiterbildung Einfluss auf die Wettbewerbssituation nimmt. Danach gefragt, ob sie die Auffassung teilt, dass Microsoft damit seine Monopolstellung weiter ausbauen kann und will, antwortet sie: „Der Bundesregierung sind die Motive von Microsoft nicht bekannt. Ob und welche Wirkungen die Initiativen haben werden, und ob infolgedessen die Markstellung von Microsoft verstärkt werden

kann, vermag die Bundesregierung nicht zu beurteilen.“ In einer weiteren Frage übertrifft sie diese Darstellung sogar noch und gibt an: „Nach Auskunft von Microsoft ist das Engagement auf ein Verständnis von unternehmerischen Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft zurückzuführen. Als globales Unternehmen engagiert sich Microsoft nicht nur auf europäischer Ebene, sondern vor allem vor Ort in den einzelnen Mitgliedstaaten.“ So viel zur Schau getragene Naivität gab es in Bundesregierungsantworten selten!

**„Es handelt sich hier um einen Wettbewerb von Unternehmen, der in deren alleiniger Verantwortung liegt“
(Antwort der Bundesregierung auf Frage Nr. 3)**

Wie so oft im Bildungsbereich wird die Verantwortung für die Durchführung und Ausgestaltung des Wettbewerbs an die Kompetenz der Länder verwiesen. Die Bundesregierung kann auch keine Auskunft darüber geben, ob es weitere (öffentliche oder private) Initiativen im IT-Bereich an Schulen gibt und sie erkennt „keinen Widerspruch darin“, dass Bildung als öffentliche Aufgabe gestaltet sein soll, aber in enger Kooperation mit Microsoft wie beim IT-Schulwettbewerb durchgeführt wird. Was den Auftritt von Kanzlerin Merkel mit Bill Gates bei der Eröffnung des Wettbewerbs betrifft, so erweckt die Bundesregierung den Anschein, als habe sich das eher zufällig ergeben. Angela Merkel ist durch ihren Auftritt in der Öffentlichkeit zwar als Schirmherrin wahrgenommen worden, aber - so die Auffassung der Bundesregierung in ihrer Antwort - „die Bundeskanzlerin ist nicht Schirmherrin des Wettbewerbs“. Darüber hinaus bedeutet ihre Teilnahme beim Start des Wettbewerbs noch lange nicht, dass man von einer „Beteiligung“ an dem Wettbewerb sprechen kann, denn der Wettbewerb liegt in alleiniger Verantwortung von Microsoft und ohnehin seien „derzeit ... keine weiteren Auftritte der Bundeskanzlerin im Rahmen des Wettbewerbs geplant“. In die Debatten auf europäischer Ebene und die Verabschiedung des Programms „European Alliance on Skills for Employability“ war die Bundesregierung ihrer Auskunft nach „nicht involviert“.

**„Es schadet der Förderung von IT-Kompetenz nicht, auch die Produkte eines führenden Softwareanbieters zu kennen“
(Antwort der Bundesregierung auf Frage Nr 10d)**

Die Anwesenheit der Bundeskanzlerin beim Start der Microsoft-Initiative war nach Auskunft der Bundesregierung ein Termin unter vielen. Sie schreibt: „Die Bundeskanzlerin nimmt in vielfältiger Weise Termine bei Wirtschaftsunternehmen wahr, um sich über den Standort und die Entwicklung vor Ort zu informieren.“ Wir hatten explizit danach gefragt, ob die Kanzlerin schon einmal in ähnlicher Weise bei Entwicklern freier Software aufgetreten sei. Auch darüber hinaus weist die Bundesregierung alle Darstellungen zurück, dass Microsoft über die Initiative IT-Fitness maßgeblich Einfluss auf Lehrende und Lernende nimmt. Beispielsweise ist es ihr nicht möglich zu schlussfolgern, dass der IT-Test im Internet, der sich fast ausschließlich auf Microsoft-Programme bezieht, von deren Nutzerinnen und Nutzern besser bewältigt werden kann, als von Nutzerinnen und Nutzern anderer Anwendungsprogramme. Sie schreibt: „Aus den personenbezogenen Angaben des Testes ließe sich eine entsprechende Auswertung nicht erstellen“. Zudem bestreitet sie, dass mit dem IT-Schulwettbewerb und den weiteren Aktivitäten von Microsoft die Fokussierung gerade junger Menschen auf Anwendungen von Microsoft gestärkt wird. Auf unsere entsprechende Frage antwortet sie: „Diese Feststellung ließe sich nur auf der Grundlage einer breit angelegten Untersuchung beantworten, die so angelegt sein müsste, dass die kausalen Wirkungen einer Teilnahme an der Initiative IT-Fitness identifizierbar wären. Eine solche Untersuchung gibt es nach Kenntnis der

Bundesregierung nicht.“ Entlarvt wird dieses „Um-den-heißen-Brei“-Reden dann aber bei der Frage, ob für die Bundesregierung das Ziel, mehr Menschen fit für den Umgang mit Computern zu machen bedeutet, dass sie fit für den Umgang mit Softwareprodukten von Microsoft gemacht werden. Ihre Antwort ist hierzu: „Es schadet der Förderung von IT-Kompetenz nicht, auch die Produkte eines führenden Softwareanbieters zu kennen“.

Insgesamt lässt einen die Antwort der Bundesregierung mit vielen Fragen zurück. Es ist schon merkwürdig, dass die Bundesregierung – in Person der höchsten Repräsentantin, der Bundeskanzlerin – einem multinational agierenden Großkonzern wie Microsoft solches Prestige verschafft. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass mehrere Verfahren gegen Microsoft angestrengt wurden. Es ist naiv zu glauben, dass Microsoft aus einem Art „Gutsmenschentum“ diesen Wettbewerb angestoßen hat. Schließlich ergeben sich durch dieses „Engagement“ handfeste steuerliche Vorteile – nebenbei wird dabei noch das eigene Image aufpoliert. Betrachtet man darüber hinaus die Folgewirkungen des Wettbewerbs so stellt man fest, dass Schülerinnen und Schüler offensichtlich frühzeitig an Microsoft-Software gewohnt werden sollen. Hier findet also eine Art Markenbranding statt. Es muss auch zu denken geben, dass ausgerechnet Schulen auf so teure und lizenzpflichtige Softwareprodukte getrimmt werden sollen. Für Schülerinnen und Schüler wäre es sicherlich auch sinnvoll sich mit freien Software-Anbietern auszukennen. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Kosten lizenzpflichtiger Softwareprodukte.

Weitere Infos:
www.nele-hirsch.de

Kontakt:
kontakt@nele-hirsch.de